

Interview: Markus Balsler und Vivien Timmler

Berlin – Ihnen bleiben nicht einmal 100 Tage. Am Samstag wollen sich Franziska Brantner, 45, und Felix Banaszak, 35, auf dem Parteitag der Grünen zu den neuen Parteichefs wählen lassen, nur 99 Tage später ist Bundestagswahl. Kaum Zeit für die noch Staatssekretärin und Habeck-Vertraute sowie den Wirtschaftspolitiker aus dem Ruhrgebiet, um Ordnung in ihre Partei zu bringen. Die ist seit dem Rücktritt ihrer Vorgänger Ricarda Lang und Omid Nouripour vor allem mit sich selbst beschäftigt. Das soll sich nun ändern, binnen einer Woche sind 5500 neue Mitglieder eingetreten – auch wenn die Umfragewerte wenig Anlass zu Optimismus geben.

SZ: Frau Brantner, Herr Banaszak, als neue Grünen-Chefs sollen Sie bis zur Wahl im Februar die Krise der Grünen beenden und Robert Habeck ins Kanzleramt bugisieren. Hatten Grünen-Chefs schon mal eine unmöglichere Mission?

Franziska Brantner: Es ist eine große Aufgabe, sie entspricht den Zeiten, in denen wir leben. Wir starten nicht aus der Gewinner-Position, aber werden zuhören und dann ein sehr gutes Angebot für unser Land machen.

In den Umfragen stehen die Grünen bei elf Prozent. Fürs Kanzleramt würde nicht mal das Doppelte reichen. Ist Habecks Kandidatur nicht vermessens?

„Robert Habeck liefert – ohne populistische Sprüche.“

Felix Banaszak: Ich halte es für absolut richtig, den Wählern eine Option anzubieten, die weder Friedrich Merz noch Olaf Scholz heißt – zwei Männer, die nicht in diese Zeit passen. Wir werden in dieser unsicheren Lage Zuversicht geben. Dafür ist Robert Habeck der Richtige.

Markus Söder nennt es „Verhöhnung der Wähler“.

Banaszak: Darin ist Markus Söder ja Experte.

Brantner: Robert Habeck liefert – ohne populistische Sprüche.

Viele Deutsche verknüpfen Robert Habeck vor allem mit dem misslungenen Heizungsgesetz. Es gibt eine regelrechte Anti-Grünen-Stimmung im Land. Glauben Sie wirklich, dass sie das bis zur vorgezogenen Wahl ändern können?

Brantner: Es hat absurde Züge angenommen, wofür wir alles verantwortlich gemacht werden. Infrastruktur geht ja nicht innerhalb von drei Jahren kaputt. Wenn die Bahn nicht fährt, dann liegt das an den CSU-Verkehrsministern Ramsauer, Dobrindt und Scheuer.

Robert Habeck fand das abrupte Ende der Koalition „falsch“. Sie auch?

Banaszak: Ausgerechnet am Tag nach Donald Trumps Wahl die Lage in der Koalition derart zuspitzen – das war verantwortungslos. Wir haben diese Situation nicht provoziert. Aber jetzt nehmen wir es, wie es ist.

Mit dem Aus der Koalition platzen auch grüne Prestigeprojekte wie die Kindergrundsicherung. Welche Vorhaben lassen sich noch retten?

Brantner: Mit der Union gibt es bereits eine Einigung, wie wir das Verfassungsgericht demokratiefester machen. Das sollte jetzt umgesetzt werden. Zudem Entlastungen für die Bürger und Unternehmen, die Finanzierung der Ukraine-Hilfen. Und wir wollen das 49-Euro-Ticket beibehalten.

„Wir sind eine grüne Partei mit grünen Themen“

Die designierten Grünen-Chefs Franziska Brantner und Felix Banaszak glauben an das Unmögliche: Habeck im Kanzleramt. Was ihre Strategie ist, und wie sie die Grünen verändern wollen.



Felix Banaszak und Franziska Brantner wollen als künftige Parteichefs die Krise der Grünen beenden und die Partei, die in Umfragen zuletzt stark abgebaut hat, für Wählerinnen und Wähler wieder attraktiv machen. FOTO: REBECCA RÜTTEN

Was bedeutet die Wahl von Donald Trump für Deutschland?

Brantner: Wenn man Trump beim Wort nimmt, dann bedeutet das eine fundamentale Veränderung für uns in Europa. Wir werden also massiv in unsere Sicherheit investieren müssen. Wir waren zu lange zwischen sozialdemokratischer Moskau-Connection und neoliberaler Kaputtspare-Ideologie gefangen. Das muss sich ändern. Frieden, Freiheit und Sicherheit gibt es nicht aus der Portokasse. Vor allem dann nicht, wenn die Substanz des Landes gleichzeitig bröckelt.

Die Schuldenbremse muss jetzt weg?

Brantner: Es gibt verschiedene Wege: neben Einsparungen und mehr Effizienz etwa die Schuldenbremse reformieren oder Sondervermögen schaffen. Klar ist aber: Wir müssen wieder in ein Land investieren, das wirklich funktioniert. In dem die Brücken nicht einstürzen, die Züge fahren und die Kitas geöffnet haben.

Dafür hatten Sie drei Jahre Zeit.

Brantner: In drei Jahren lässt sich nicht alles aufholen, was zuvor 16 Jahre liegen geblieben ist. Wir haben dafür gesorgt, dass die Menschen im Winter nicht frieren mussten, außerdem den Ausbau der Erneuerbaren, den Bau und die Sanierung von Infrastruktur beschleunigt. Ziel ist, unser Land wieder auf Vordermann zu bringen. **In einer neuen Koalition wird es nicht leichter. Auch Merz ist skeptisch beim Aufweichen der Schuldenbremse.**

Banaszak: Das könnte ein spannender Lernprozess für Friedrich Merz werden. Er müsste auf seine Länderchefs hören, die schon jetzt Haushalte aufstellen und regieren, während er bislang ja nur davon träumt. Sollte Friedrich Merz in die Verlegenheit kommen, mitzuregieren, wird er seinen Wählern einige Wahrheiten zumuten müssen, die mit seinen Wahlkampfreden nichts zu tun haben.

Auf welche Themen werden Sie im Wahlkampf setzen?

Brantner: Mit Trump werden die USA als zentraler Partner im Klimaschutz ausfallen. Es wird auf Deutschland und Europa ankommen. Und wir Grüne sind die Einzigen mit einem seriösen Angebot beim Klimaschutz. Wir setzen nicht auf Spaltung und Diffamierung, sondern gehen ernsthaft die Alltagsorgen der Menschen an. **Umweltschützer sind von Ihrer Klimapolitik enttäuscht. Sie haben in der Ampel das Klimaschutzgesetz entkernt, auf das Klimageld wartet Deutschland noch immer. Nun wollen die Grünen wieder zur Klimapartei werden?**

Banaszak: Diese Regierung hat beim Klimaschutz so viel vorangebracht wie keine vor ihr. Und gleichzeitig reicht das noch nicht aus. Wir mussten in der Ampel Kompromisse eingehen, unsere Koalitionspartner haben extrem viel ausgebremst.

Weil die den Menschen nicht noch mehr zumuten wollten – anders als Sie? **Banaszak:** Eine Welt im Wandel ist nicht frei von Zumutungen, auch wenn Olaf

Scholz gerne so tut. Unsere Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit: Der menschengemachte Klimawandel ist eine Wahnsinns herausforderung. Jetzt in Klimaschutz zu investieren, ist ein Impuls für eine zukunftsfähige, innovative Wirtschaft. Und es ist günstiger, als später die Klimaschäden zu bezahlen. Klimaschutz ist Gerechtigkeitspolitik. Reiche können sich aus der Verantwortung herauskaufen, während Normalverdiener die Folgen der Erderhitzung deutlich spüren werden.

Was wollen Sie dagegen tun?

Brantner: Wir werden beim Klimaschutz künftig die soziale Ausgestaltung immer an den Anfang setzen. Wir haben den Strom sauberer gemacht – jetzt machen wir ihn dauerhaft billig.

Für welche anderen Themen wollen die Grünen künftig stehen?

Brantner: Mich treibt die zunehmende Ungerechtigkeit um. Es ist nicht akzeptabel, dass Kinder, die heute geboren werden, weniger Chancen darauf haben, ihre Träume zu verwirklichen als noch vor 30 Jahren.

Banaszak: Wir stellen uns entschieden gegen die wachsende Ungleichheit. In Deutschland sind in den vergangenen Jahren einige Vermögen überproportional gewachsen, während immer mehr Menschen Angst vorm Dispokredit haben – und zwar nicht am 29., sondern schon am 23. des Monats. Das muss sich ändern.

Sie werben für eine Reichensteuer, so wie Robert Habeck sich das wünscht?

Brantner: Wenn man es ernst meint mit der Bekämpfung von Ungleichheit, muss man zwei Dinge tun. Den einen besser ermöglichen, Vermögen aufzubauen. Und genau anschauen, welche absurden Schlupflöcher es für Reiche gibt.

Aktuell werden Sie von vielen als Elitenpartei wahrgenommen. Für wen wollen die Grünen künftig Politik machen?

Brantner: Für diejenigen, die täglich dieses Land am Laufen halten. Für diejenigen, die den Elternabend organisieren, die sich im Sportverein engagieren. Und für diejenigen, die fragen, warum sie erst laut schreien müssen, damit sie gehört werden. Wer der Meinung ist, es muss sich in diesem Land nichts mehr verbessern, der ist bei den Grünen nicht richtig.

„Wir werden in dieser unsicheren Lage Zuversicht geben.“

Liegt die Zielgruppe der Grünen immer noch links oder immer stärker in der politischen Mitte?

Banaszak: Die Grünen waren immer am erfolgreichsten, wenn das nicht als Widerspruch begriffen wurde. Wir sind eine grüne Partei mit grünen Themen, grünen Zielen und grünen Werten. Und selbstverständlich wollen wir damit auch Menschen erreichen, die bisher ein Stück von uns entfernt sind.

Ihr linker Flügel ist skeptisch. Die traditionell linke Grüne Jugend hat angekündigt, den Parteitag „anzuzünden“. Drohen harte Debatten?

Banaszak: Eine Partei, die in einer solchen Lage nicht miteinander diskutiert, ist eine tote. Und ich wäre sehr gerne Vorsitzender einer quicklebendigen Partei. Am Wochenende werden wir natürlich Debatten führen, auch leidenschaftlich. Am Ende ist aber allen Grünen klar: Der politische Gegner sitzt nicht im gleichen Raum.

Sie sind als Duo auch eine Annäherung an die Union. Herr Banaszak, Sie haben den Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen mitverhandelt. Frau Brantner, Sie

kommen aus einem Landesverband, der seit 2016 grün-schwarz regiert wird. Wollen die Grünen nach der nächsten Bundestagswahl schwarz-grün?

Brantner: Ich will vor allem starke Bündnis-Grüne.

Banaszak: Und ich habe nicht mit Hendrik Wüst einen Koalitionsvertrag verhandelt, weil ich sein Programm so toll fand, sondern unseres.

Brantner: Ich weiß aus meinem Bundesland, wie schwierig es sein kann, mit der CDU zu regieren. Andererseits: Die Koalitionen in NRW und in Baden-Württemberg zeigen, dass man gemeinsam viel erreichen kann, wenn man sich wirklich dazu verpflichtet, diesem Land zu dienen.

Merz ist für viele Grüne ein rotes Tuch. Für Sie nicht?

Banaszak: Wenn wir Friedrich Merz als Kanzler wollten, würden wir keinen eigenen Kandidaten aufstellen. Gleichzeitig gilt: Demokraten müssen immer miteinander gesprächsfähig sein. Wollen wir hier die gleiche Polarisierung wie in den USA, wo Anhänger der Demokraten und der Republikaner nicht mehr am gleichen Küchentisch sitzen können?

„Dass wir der Hauptgegner Putins in Deutschland sind, ist nicht überraschend.“

Also wäre auch eine erneute Koalition mit den Liberalen denkbar?

Brantner: Schauen Sie nach Sachsen oder Thüringen: Das kommt davon, wenn man demokratische Partner so sehr verteuft, dass man am Ende nur noch mit BSW und AfD oder in Bayern bei Aiwanger landet. Viel Spaß beim Verrichten!

Die Grünen fürchten im Wahlkampf massive Desinformationskampagnen. Einen kleinen Ausschnitt haben wir ja schon gesehen, Ihnen gehört angeblich eine Villa in Florida, Frau Brantner. Glückwunsch!

Brantner: Ich habe laut dieser falschen Behauptungen ein Leben zwischen Florida und Berlin – und dann angeblich noch zig Männer. Das ist irre.

Fürchten Sie, dass da noch mehr kommt?

Brantner: Eindeutig. Dass wir der Hauptgegner Putins in Deutschland sind, ist nicht überraschend. Die Desinformationskampagnen sind aber ein Angriff auf unsere Demokratie insgesamt. Wir beide haben uns entschieden, den Kampf auf X und TikTok anzunehmen und uns da nicht rausdrängen zu lassen. Gleichzeitig müssen wir endlich unser Recht in den digitalen Netzen besser durchsetzen und wo nötig, gesetzliche Änderungen vornehmen. Unsere demokratische Kommunikation darf nicht vom Gusto Musks abhängig sein.

Ihre Vorgängerin Ricarda Lang hat zuletzt sehr offen über die Schattenseiten des mächtigen Amtes gesprochen.

Banaszak: Ricardas Offenheit schafft einen Raum, sich über die ungeschriebenen Regeln dieses Betriebs klar zu werden. Ich nehme ihre Reflexion als Ermunterung dazu wahr, bei sich zu bleiben, die eigene Sprache zu behalten, auch mal ins Risiko zu gehen. Und ein Umfeld zu pflegen, das einem ehrlich, aber solidarisch sagt, wenn man mal falsch abbiegt.

Brantner: Ich versuche mit Souveränität und Humor damit umzugehen. Sonst geht man kaputt. Ich möchte mir meine Klarheit nicht nehmen lassen. So kriegt vielleicht jeder Klartext-Satz einen Shitstorm bei X. Aber ich glaube, dass die Menschen sich nach dieser Klarheit sehnen – und dass es am Ende auch gewürdigt wird.

Jeder fünfte Deutsche gilt als ausländerfeindlich

Auch der Antisemitismus nimmt im Westen leicht zu. Und immer mehr Menschen sind unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie, konstatiert eine Studie der Universität Leipzig. Geht alles bergab? Nicht ganz.

München – Es ist wieder Wahlkampf in Deutschland, früher als geplant, und wer bei der vorgezogenen Neuwahl im Februar profitieren könnte, lässt sich erahnen: Die Union führt in den Umfragen, auf Platz zwei folgt schon die AfD. Drüß der Bundesrepublik also ihr blaues Wunder? Und, Anschlussfrage, müsste man sich über ein qua Sonntagsfrage antizipiertes AfD-Rekordergebnis überhaupt wundern, in diesen Zeiten?

Zur Erläuterung holt ein Forscherteam der Universität Leipzig in einer neuen Studie zum Rechtsextremismus in Deutschland erst mal weiter aus. Kein Wunder jedenfalls, heißt es dort, dass die Gesellschaft für deutsche Sprache den Begriff „Krisenmodus“ zum Wort des Jahres 2023 kürte, auch 2024 ist nicht ärmer geworden an Krisen: Die Kriege in Nahost und in der Ukraine eskalierten immer weiter; die Bundesregierung stritt mehr, als dass sie regierte, bis sie zuletzt spektakulär gegen die Wand fuhr; es gab die islamistischen Anschläge in Mannheim und Solingen; das Weltklima ächzt; alte Wachstums- und Aufstiegsversprechen gelten nicht mehr, und selbst VW hängt in den Seilen.

Die Autorinnen und Autoren der „Leipziger Autoritarismusstudie“, wie die zweijährlich vorgenommene Untersuchung heißt, sprechen von einer „Krisengesellschaft“ – die Zuflucht nicht in der Gemeinschaft suche, sondern zunehmend eben im (Rechts-)Autoritären. Nicht „vor dem Schrecklichen“, sondern „beim Schrecklichen“. Vor allem im Westen, sagt Studienleiter Oliver Decker, sei „eine deutliche atmosphärische Verschiebung“ zu bemerken. Eine zentrale Erkenntnis, die Decker zusammen mit seinen Kollegen Elmar Brähler, Johannes Kiess und Ayline Heller am Mittwoch präsentierte: Die Deutschen werden zunehmend ausländerfeindlich. In Westdeutschland haben 19,3 Prozent der

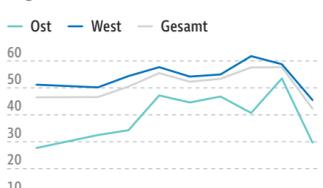
Befragten ein entsprechendes Weltbild, bei der letzten Befragung 2022 waren es noch 12,6 Prozent. In Ostdeutschland sind es gar 31,5 Prozent (2022: 33,1).

Ausländer sind der Studie zufolge auch nicht die einzige Gruppe, die Vorurteile und Hass treffen; Frauen, Sinti und Roma sowie Homosexuelle sind nur einige der vielen weiteren Beispiele. Und nach Jahren des Rückgangs antisemitischer Einstellungen stellen die Forscher diesmal wieder einen leichten Anstieg zumindest in Westdeutschland fest, von drei auf 4,6 Prozent. Im Osten sinkt der Anteil der Antisemiten dagegen von drei auf 1,8 Prozent.

All solche Vorurteile und solcher Hass, das ist den Leipziger Forschern wichtig zu betonen, gebe es keineswegs nur an irgendwelche definierten „Rändern“ der Gesellschaft. Nein, all das komme aus der „viel beschworenen Mitte“, aus allen Schichten, übrigens auch von Wählern der allermeisten Parteien, nicht nur von denen der AfD, wengleich da der Anteil hoch ist. Deshalb auch der diesjährige Untertitel der Studie: „Vereint im Ressentiment“.

Unzufriedenheit mit Demokratie

Zustimmung zur „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert“, Angaben in Prozent



SZ-Grafik: Quelle: Leipziger Autoritarismus Studie 2024

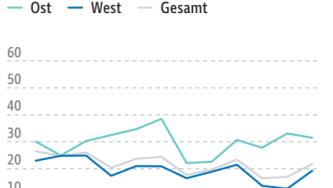
Diese Ressentiments waren der Studie zufolge schon immer da, vor gut 20 Jahren zum Teil übrigens in noch größerem Maß als heute (2002 galten 26,5 Prozent der Befragten als ausländerfeindlich). Es gibt in der AfD inzwischen aber eine schlagkräftige politische Repräsentation, die dieses Wählerpotenzial auserschöpfen kann – und die Polarisierung munter befeuert.

Vorurteile und Hass finden sich nicht nur an den Rändern der Gesellschaft

Und die Partei macht nicht nur Stimmung gegen Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch gegen die demokratische Konkurrenz und die Demokratie insgesamt. Auch deren Image hat, so die Extremismusforscher, gelitten: Der Anteil der Befragten, die unzufrieden sind mit dem aktuellen Zustand der Demokratie, ist gewachsen – nur für knapp 42 Prozent ist die immer noch in Ordnung. Im Westen liegt der

Ausländerfeindlichkeit wächst

Anteil von Personen mit ausländerfeindlichem Weltbild, in Prozent



Christoph Koopmann

Wert knapp darüber (45,5 Prozent), im Osten sogar weit darunter (29,7 – so niedrig wie seit 18 Jahren nicht mehr). Dabei finden mehr als 90 Prozent der Befragten Demokratie als Idee grundsätzlich gut. Das Problem liegt also in der Praxis.

Womit man wieder beim oben genannten Krisenmodus als Ursache der allermeisten Übel wäre. Dem fügen die Autoren der Studie für ihr großes Bild noch eine Prise Kapitalismuskritik hinzu: Die „autoritäre Aggression“ unter anderem gegenüber Migranten könne durchaus als „Bewältigungsstrategie“ für die Folgen des Neoliberalismus der vergangenen Jahrzehnte verstanden werden. Was genau sie damit meinen, außer einer nicht näher bestimmten Unsicherheit, wird nicht tiefer erläutert.

Aber ohnehin sei zur Erklärung, weshalb wieder mehr Menschen den Ressentiments und der Demokratieverdrossenheit zuneigen, etwas anderes viel wichtiger als tatsächlicher sozialer oder wirtschaftlicher Abstieg der Menschen, des Landes und der Welt: der *wahrgenommene* Abstieg beziehungsweise die Angst davor, dass es bergab geht. Insgesamt, sagt der Extremismusforscher Decker, zeige sich „eine Neigung zum Abschied von der Realität“.

Zum Schluss bietet die Studie aber vielleicht doch etwas Grund zur Hoffnung: Der Anteil derer, die nach der Definition des Leipziger Teams ein wirklich geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben – die also nicht „nur“ ausländerfeindlich, sondern auch antisemitisch sind, die sich einen Führerstaat wünschen oder meinen, es gäbe wertvolles und unwertes Leben –, ist inzwischen vergleichsweise gering: 2012 waren es im Bundesschnitt noch knapp neun Prozent, dann sank der Anteil noch weiter. Erst neuerdings ist er wieder leicht angestiegen – auf etwa 4,5 Prozent.

Christoph Koopmann

Düsseldorf – Mehr als 32.000 Menschen haben am Mittwoch in Düsseldorf gegen Sparmaßnahmen der nordrhein-westfälischen Landesregierung bei Sozialdiensten demonstriert. Die schwarz-grüne Koalition hat in ihrem Entwurf für den Haushalt 2025 drastische Kürzungen für so unterschiedliche Hilfen wie die Beratung von Aids-Kranken, Familien oder Geflüchtete, aber auch für Frauenhäuser, Pflege oder Armutsbekämpfung angekündigt. Aufgerufen zum Protest unter dem Motto „NRW, bleib sozial!“ hatten etwa Caritas und Diakonie, Rotes Kreuz und Arbeiterwohlfahrt.

Insgesamt will die NRW-Regierung ihre Zuschüsse für diverse Sozialprojekte um 83 Millionen Euro kürzen – eine vergleichsweise kleine Summe in einem Landeshaushalt mit einem Volumen von 105 Milliarden Euro. Über 90 Prozent dieser Gesamtausgaben sind jedoch fest verplant, etwa als Gehälter für Lehrer oder Polizisten oder für beschlossene Bauprojekte. Zahlungen an soziale Initiativen hingegen können jederzeit gestrichen werden – und NRW meldet Einbrüche bei den Steuereinnahmen. Bei der



Unter dem Motto „NRW, bleib sozial!“ gingen Tausende auf die Straße. FOTO: DPA

Protest gegen Kürzen

Nordrhein-Westfalen streicht die Zuschüsse für Sozialdienste drastisch zusammen.

Großdemo auf den Düsseldorfer Rheinweiesen bekundeten Politiker aller Parteien „Verständnis“ für die Proteste. Sozialminister Karl-Josef Laumann bedankte sich ausdrücklich bei der Menge und sagte: „Als Sozialpolitiker bin ich froh, dass Sie heute da sind.“ Hoffnung, dass die Kürzungen noch korrigiert würden, weckte der CDU-Politiker jedoch nicht.

Der CDU-Sozialminister bedankt sich bei den mehr als 32.000 Demonstranten

SPD-Oppositionsführer Jochen Ott attackierte die schwarz-grüne Koalition und verwies darauf, dass die Regierung erst am Dienstag ein umfangreiches „Sicherheitspaket“ als Reaktion auf den Terroranschlag in Solingen beschlossen hatte: „Wer gestern 400 Millionen Euro für innere Sicherheit ausgeben kann, der hat auch hundert Millionen für soziale Sicherheit.“

NRW ist kein Einzelfall. Sogar das vergleichsweise reiche Bayern kürzte diese Woche freiwillige Leistungen für Pflegebedürftige und Familien. Sparen beim Sozialen – jedenfalls bei Hilfsangeboten, die anders als Kranken-, Bürgergeld oder Arbeitslosengeld nicht gesetzlich garantiert sind – liegt längst im Trend, bundesweit.

Im Juni dieses Jahres alarmierte eine Umfrage der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege: Zwei Drittel der befragten Einrichtungen und Sozialverbände mussten wegen Geldmangels ihre Angebote für Suchtkranke, Pflegebedürftige, Familien oder Geflüchtete bereits einschränken oder komplett einstellen. Drei Viertel erwarteten weitere Kürzungen. Und siebzig Prozent der Befragten fürchteten, der Rotstift werde sich „auf das demokratische Engagement vor Ort negativ auswirken.“

Christian Wernicke